

Protokoll der außerordentlichen Delegiertenversammlung im Frühjahr 2001 in Dortmund

TOP 0: Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung

- Der Vorsitzende des Bundesverbandes Rüdiger Kerls-Kreß eröffnet die Vollversammlung. Als Gäste begrüßt er Christine Held-Winkelmann vom Berufsverband der GemeindeferentInnen in der Diözese Bamberg und Christoph Joppich von der Inform-Redaktion.
- Dem Berufsverband der Diözese Bamberg wird der Gaststatus im Bundesverband zuerkannt.
- Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
- Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Delegiertenversammlungen in Magdeburg und Mülheim/Ruhr

Beide Protokolle werden ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2: Persönliches

Die Vorsitzende des Bundesverbandes Brigitta Bettenwort informiert die Versammlung, dass sie ihren Dienst als Gemeindeferentin in der Erzdiözese Paderborn zum 30. April 2001 gekündigt hat und sie deshalb auch ihren Vorstandssitz im Bundesverband zur Verfügung stellt.

Nach eigener Aussage hat der Rücktritt nichts mit der Situation im Bundesverband zu tun. Sie vermutet, dass die größten Schwierigkeiten ausgeräumt seien.

Der Vorsitzende des Bundesverbandes Rüdiger Kerls-Kreß äußert sein Bedauern.

Die Neuwahl der Vorsitzenden wird auf der Herbst-Versammlung in Hildesheim erfolgen.

TOP 3: Kassenbericht des Steuerberaters und Diskussion

Der Kassenbericht des Steuerberaters Heinz Staschewski liegt den Anwesenden als Tischvorlage vor. Stefan Hain stellt die aktuelle Finanz- und Kassensituation vor (vgl. Anlage 1).

- Antrag: Die Delegiertenversammlung möge beschließen, dass die aus der Umlage überschüssige Summe von ~ DM 1.600 als Spende der Diözesanverbände beim Bundesverband verbleibt.

Dafür: 6 Stimmen
Dagegen: 6 Stimmen
Enthaltungen: 13 Stimmen

! Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Diskussion über den Kassenbericht wird auf einen späteren Zeitpunkt der Versammlung vertagt.

TOP 4: Vorstellung der Kandidaten für das Amt des Bundesschatzmeisters

Bis zu diesem Zeitpunkt gibt es nur einen Kandidaten: Peter Bromkamp, Pastoralreferent (Dipl. Rel.-Päd.) aus Recklinghausen in der Diözese Münster, der mit Erstberuf Steuerfachangestellter ist. Peter Bromkamp stellt sich der Versammlung vor.

TOP 5: Wahl des Bundesschatzmeisters

In den Wahlvorstand werden gewählt: Jutta Hanmann, Stefan Hain und Rüdiger Kerls-Kreß.

Die Kandidatenliste wird geöffnet. Weiterhin einziger Kandidat ist Peter Bromkamp. Er erklärt sich bereit, für das Amt des Bundesschatzmeisters im Bundesverband zu kandidieren.

In geheimer Wahl werden 25 Stimmen abgegeben

→ Wahlergebnis: Für Peter Bromkamp: 25 Stimmen
Enthaltungen: 0 Stimmen
Ungültig: 0 Stimmen

! Damit ist Peter Bromkamp zum Bundesschatzmeister gewählt.

Peter Bromkamp nimmt die Wahl an.

Fortsetzung TOP 3: Kassenbericht des Steuerberaters und Diskussion

- Im Zusammenhang mit dem Stand des Bundesverbandes auf dem Katholikentag, wurde die Bundesversammlung informiert, dass das Büro des Katholikentages sich mit DM 950,- beteiligen würde. Diese Summe taucht im Bericht nicht in den Einnahmen auf, weil der Bundesverband sich für einen großen Stand entschieden hat, dessen Miete DM 1.950,- betrug. Die Einnahme von DM 950,- wurde gleich verrechnet.
- Unter der Rubrik Reisekosten/Grundkosten Rubrik fallen BahnCards der Mitglieder des Bundesvorstandes.
- Die Ausgabe Miete/Lagerraum bezieht sich auf die Miete von DM 250,-/Monat für einen Raum, den der Bundesverband zur Lagerung des Materials vom Katholikentagsstandes benötigt. Außerdem wird hier das Material des Bundesverbandes für die Inform gelagert.
- Die Kündigung des Raumes muss im Zusammenhang mit der Inform geplant werden.
- Der Steuerberater hat die Kasse zum 31. Dezember 2000 geschlossen. Alle Buchungen bis zu diesem Zeitpunkt sind eingerechnet. Werner Reutter hat

mehrfach Gespräche mit ihm geführt.

Der neue Bundesschatzmeister muss nachtragen, was jetzt noch kommt (vgl. Ausführungen oben).

- Auf die Frage, warum die ehemaligen Bundesschatzmeister Werner Reutter und Norbert Staudt nicht anwesend sind, verliest Jutta Hanmann ein Schreiben, das Werner Reutter an die Mitglieder des Bundesvorstandes geschickt hat. Das Fax liegt zur Einsicht beim Bundesvorstand.
Rüdiger Kerls-Kreß gibt eine Stellungnahme zu diesem Schreiben ab, die Norbert Staudt und Werner Reutter brieflich zugestellt wird.
- Es wird gefragt, ob es möglich sei, Norbert Staudt für die Ausgabe, die der Bundesverband durch das Hinzuziehen eines Steuerberaters hatte, haftbar zu machen. Dazu gibt es keine Notwendigkeit, da die Delegiertenversammlung im Herbst 2000 beschlossen hat, dass ein Steuerberater eingeschaltet werden soll. Verursacher der finanziellen Probleme waren nicht die ehemaligen Bundesschatzmeister, sondern die Entscheidungen, die bei den Delegiertenversammlungen der letzten beiden Jahre getroffen wurden. Norbert Staudt hat immer wieder auf ein Defizit in der Kasse hingewiesen.
In Zukunft wird der neue Bundesschatzmeister Peter Bromkamp für jedes Quartal eine Abrechnung vorlegen. Außerdem wird es in Zukunft für längere Ausfallzeiten eine Vertretung innerhalb des Bundesvorstandes geben.

→ Antrag auf Schluss der Debatte

Gegenrede und deshalb Abstimmung

Dafür: 16 Stimmen

Dagegen: 6 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

! Damit ist der Antrag angenommen.

- Bis jetzt haben noch nicht alle Diözesen die Umlage in voller Höhe bezahlt. Es muss überprüft werden, von welchen Verbänden der Bundesverband noch Geld bekommt.
- Der Bericht des Steuerberaters bescheinigt, dass die Kasse stimmt und die Kassenführung in Ordnung war. Der Vorstand hat die Zahlenlisten geprüft.

→ Antrag: Die Delegiertenversammlung möge die Bundesschatzmeister und den Bundesvorstand für die Geschäftsjahre 1999 und 2000 einschließlich der Kasse entlasten.

Dafür: 19 Stimmen

Dagegen: 0 Stimmen

Enthaltungen: 0 Stimmen

! Damit ist der Antrag angenommen. Die Bundesschatzmeister und der Bundesvorstand sind für die Geschäftsjahre 1999 und 2000 entlastet.

TOP 6: Etatdiskussion 2001

Rüdiger Kerls-Kreß stellt den Etatentwurf für das Geschäftsjahr 2001 vor (s. Anlage 2).

- Die Mitglieder des Arbeitskreises „Berufsprofil“ bemerken, dass sie die vorgeschlagenen DM 600,- nicht benötigen. DM 200,- wären ausreichend.
- Stefan Eber macht das Angebot, dass das Material des Katholikentages bis zum 31. Dezember 2001 in München gelagert werden kann.
- Für die kommende Delegiertenversammlung in Hildesheim werden die

Übernachungskosten des Bundesvorstandes auf die TeilnehmerInnen-Pauschale umgelegt.

- Der Bundesvorstand verzichtet im Jahr 2001 auf den Verpflegungsmehraufwand von DM 15,-, BahnCards müssen in diesem Jahr privat finanziert werden und können nicht vom Verband anteilig mitgetragen werden. Außerdem verzichtet der Vorstand in diesem Jahr auf die Abrechnung von Telefon- und Portokosten.

→ Antrag: Die Delegiertenversammlung möge den vorliegenden Etatentwurf für das Geschäftsjahr 2001 verabschieden.

Dafür: 23 Stimmen

Dagegen: 0 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

! Damit ist der Antrag angenommen.

- Für das Geschäftsjahr 2001 wurden von den meisten Verbänden noch keine Mitgliedsbeiträge gezahlt, weil noch keine Rechnungen versandt wurden.
- Die Delegierte Elisabeth Hartmann weist darauf hin, dass nach ihrer Kenntnis die Mitgliedsbeiträge des Bistums Essen schon im November gezahlt wurden.
- Der Archivraum soll so schnell wie möglich abgegeben werden.
- Der Vereinssitz soll zunächst in Weißenburg bleiben, später evtl. nach Dortmund verlegt werden.
- Die Geschäftsstelle wird an den Wohnort des Bundesvorsitzenden Rüdiger Kerls-Kreß verlegt.
- Die Ansprechpartner für die Diözesanverbände und Diözesen bleiben die bisherigen. Rüdiger Kerls-Kreß übernimmt die Bistümer, deren Ansprechpartner bis jetzt die Bundesvorstandsmitglieder des VKRG waren.
- Die neue Inform ist z. Zt. in Druck.

- Die Adressenverwaltung des Bundesverbandes übernimmt Stefan Hain. Er benötigt 4x/Jahr (Anfang Februar, Anfang Mai, Anfang August, Anfang November) ein komplettes Update des Bestandes von den Mitgliedsverbänden.
Die Kassierer der Diözesanverbände werden von ihm benachrichtigt, welche Informationen er in welchem Format benötigt.
An Mitglieder, die eine Adressenänderung nicht rechtzeitig angeben, wird die Inform nicht nachgesandt. Der Umgang mit Rückläufen muss zwischen Bundesverband und VKRG ausgehandelt werden.

TOP 7: Etatdiskussion 2002, hier: Mitgliedsbeiträge

- Der Bundesvorstand schlägt der Delegiertenversammlung vor, dass die Mitgliedsbeiträge ab dem Jahr 2002 nicht mehr überwiesen werden, sondern dem Bundesverband eine Einzugsermächtigung erteilt wird. Der Ablauf des Einzugs der Mitgliedsbeiträge kann folgendermaßen erfolgen:
 - Bis 1. Februar: Die Liste der Mitglieder (inkl. Mitgliedsstatus) wird von den Diözesanverbänden an Stefan Hain geschickt.
 - Bis 15. Februar: Die Kassierer der Mitgliedsverbände erhalten vom Bundesverband eine Rechnung.
 - Bis Ende März: Korrektur- und Einspruchfrist für die Diözesanverbände
 - Ende März: Einzug der Mitgliedsbeiträge durch den Bundesverband
- Die Frage nach der Einzugsermächtigung kann nicht in der Delegiertenversammlung beschlossen werden, sondern muss von jedem

Diözesanverband einzeln geklärt werden. Bei einer Trendabstimmung sprechen sich 24 Stimmen für diese Regelung aus.

- Im Zusammenhang mit einem neuen Mitgliedsbeitrag steht die Frage im Raum, welche Verbände Mitglied im Bundesverband bleiben.
 - München-Freising tritt aus, möchte aber weiterhin mit dem Bundesverband zusammenarbeiten und den Gaststatus erhalten.
 - Trier bleibt Mitglied.
 - Köln bleibt Mitglied und spricht sich für eine Staffelung der Beiträge aus.
 - Essen bleibt Mitglied und akzeptiert einen Beitrag von DM 60,-/Jahr.
 - Paderborn bleibt Mitglied, hat aber kein Votum für den Mitgliedsbeitrag.
 - Münster bleibt Mitglied und akzeptiert einen Beitrag von DM 60,- für das kommende Jahr. Danach muss ein neuer Beschluss gefasst werden.
 - Berlin bleibt Mitglied und akzeptiert einen Beitrag von DM 60,-/Jahr.
 - Aachen bleibt Mitglied und akzeptiert einen Beitrag von DM 60,-/Jahr. Evtl. werden allerdings weniger Mitglieder gemeldet, weil es in Aachen keinen Berufsverband gibt, sondern eine Berufsgruppenvertretung in der alle GemeindereferentInnen automatisch Mitglied sind. Die Zahlung des Beitrages für den Bundesverband ist freiwillig.
 - Rottenburg-Stuttgart bleibt Mitglied und akzeptiert einen Beitrag von DM 60,-/Jahr.
 - Hamburg bleibt voraussichtlich Mitglied. Probleme sind nicht zu erwarten.
 - Hildesheim bleibt Mitglied und akzeptiert einen Beitrag von DM 60,-/Jahr.
 - Mainz bleibt Mitglied und akzeptiert einen Beitrag von DM 60,-/Jahr. Da die Delegierten nicht an der Versammlung teilnehmen konnten, lag ein schriftliches Votum vor.

→ Antrag: Die Delegiertenversammlung möge beschließen, dass der Jahresbeitrag für Vollzahler ab dem Jahr 2002 € 30,- beträgt.

Dafür: 19 Stimmen

Dagegen: 3 Stimmen

Enthaltungen: 3 Stimmen

! Damit ist der Antrag angenommen.

Ein Antrag des Berufsverbandes Köln wird diskutiert:

→ Antrag: Wir beantragen einen gestaffelten Mitgliedsbeitrag um KollegInnen im Erziehungsurlaub, im Sonderurlaub den Verbleib im Verband zu erleichtern. Gleiches gilt für Verheiratete, die meist zusammen mit max. 150% beschäftigt sind (Sie erhalten ja auch nur eine Inform, d. h. 24,- DM gespart.)

Wir bitten den Bundesverband zu prüfen, ob der Mitgliedsbeitrag für KollegInnen im Erziehungsurlaub, im Sonderurlaub und für einen Ehepartner, wenn beide zahlenden Mitglieder sind, reduziert werden kann.

- Mitgliedschaft und Bezug der Inform sollten nicht entkoppelt werden. Die Inform ist unser Diskussionsforum, mit dem wir unserem Satzungsziel gerecht werden.
- Zwei Staffelungen des Mitgliedsbeitrages für den Bundesverband sind ausreichend.

Weitere Staffellungen, die es in Diözesanverbänden gibt, können nicht übernommen werden, ohne das Beitragsgefüge unnötig zu verkomplizieren.

- Antrag: Die Delegiertenversammlung möge beschließen, dass es ab dem Jahr 2002 eine Staffelung der Mitgliedsbeiträge für den Bundesverband in zwei Stufen gibt. EhepartnerInnen von zahlenden Vollmitgliedern, Mitglieder, die nicht zu unseren Berufsgruppen gehören, und Mitglieder, die unter DM 1000,-/Monat verdienen, zahlen € 15,-/Jahr an den Bundesverband.
- | | |
|---------------|------------|
| Dafür: | 22 Stimmen |
| Dagegen: | 0 Stimmen |
| Enthaltungen: | 3 Stimmen |

! Damit ist der Antrag angenommen.

- Zur Zeit spricht die Satzung des Bundesverbandes noch gegen Einzelmitgliedschaften. Für die Zukunft sollte jedoch die Möglichkeit einer Änderung geprüft werden, so dass KollegInnen in Bistümern, in denen es keinen Berufsverband gibt, die Möglichkeit bekommen, Mitglied im Bundesverband zu werden.

Der Bundesvorstand wird von der Delegiertenversammlung beauftragt, die Möglichkeit einer Satzungsänderung zu klären.

Ebenfalls müssen die Fragen geklärt werden, wer Einzelmitglied werden kann, welchen Status sie haben und ob bzw. wie sie in der Delegiertenversammlung vertreten werden.

- Antrag auf Schluss der Debatte

Gegenrede und Gegenantrag auf Schluss der Rednerliste. Deshalb Abstimmung

Schluss der Debatte:	10 Stimmen
Schluss der Rednerliste:	9 Stimmen
Enthaltungen:	6 Stimmen

! Damit ist die Debatte beendet.

- Votum: Der Bundesvorstand klärt offene Fragen zu diesem Thema und stellt die Ergebnisse auf der Delegiertenversammlung im Herbst vor.

Dafür:	24 Stimmen
Dagegen:	1 Stimme

Die Delegiertenversammlung stimmt einer Verlängerung der Tagung bis 17.30 Uhr zu.

- Das nächste Treffen der BAG findet vom 4. - 6. Mai 2001 in Passau statt. Ursula Renner erklärt sich bereit, den Bundesverband zu vertreten.
- Die BKR tagt voraussichtlich das nächste Mal wieder in Mainz, deshalb sollen KollegInnen aus dem Bistum Mainz mit der Vertretung beauftragt werden (evtl. Silvia Wenzel bzw. über sie).

TOP 8: Inform

Ein Antrag des Berufsverbandes Rottenburg-Stuttgart wird diskutiert:

- In der Diskussion geht es vor allem um die Anteile des Bundesverbandes in der

Inform. Einige Mitgliedsverbände empfinden die Inform als zu VKRG-lastig und wollen „ihren“ Bundesverband stärker darin entdecken. Der Bundesverband und seine Mitgliedsverbände werden sich zukünftig stärker an der grafischen und optischen Gestaltung beteiligen müssen, damit unsere Inhalte besser zur Geltung kommen.

→ Antrag auf Schluss der Debatte

Keine Gegenrede

! Damit ist der Antrag angenommen.

→ Antrag: Der BGG Rottenburg-Stuttgart beantragt, dass ein Arbeitskreis gebildet wird, der (kostengünstig!) bis zur Herbstvollversammlung die Konzeption der Inform prüft, mit dem Ziel, entscheiden zu können, wie die Zukunft der Mitgliederzeitschrift aussehen soll (getrennt vom VKRG? Redaktion? Aufmachung? Kosten? ...). Eine eventuelle Vertragsverlängerung für Kosten, Versand u. ä. für 2002 darf erst nach dem Bericht dieses AK beschlossen werden.

Dafür: 3 Stimmen

Dagegen: 11 Stimmen

Enthaltungen: 5 Stimmen

! Damit ist der Antrag abgelehnt.

- Nach den anstehenden Verhandlungen des Bundesvorstandes mit dem VKRG werden die Mitgliedsverbände ausführlich über die Ergebnisse informiert.
- Anregungen, welche Punkte bei den Verhandlungen zu bedenken sind und welche Probleme gesehen werden, sollten so bald wie möglich an Rüdiger Kerls-Kreß weitergegeben werden.

TOP 9: Sonstiges

- Der Arbeitskreis „Neuer Name“ hat verschiedene Namensvorschläge und die entsprechenden Diskussionsbeiträge ausgehängt. Stellungnahmen sind erwünscht.
- Bei der Delegiertenversammlung im Herbst 2001 in Hildesheim wird die Anzahl und die Gestaltung der jährlichen Delegiertenversammlung ein Thema sein.
- Rüdiger Kerls-Kreß verabschiedet die ausscheidende Bundesvorsitzende Brigitta Bettenwort mit einem Blumenstrauß.

Für das Protokoll:
Wolfsburg, 25. März 2001

Marco Sacha, Schriftführer

Rüdiger Kerls-Kreß, Vorsitzender